Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.

[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 572. Halle a. d. Saale, Freitag, den 7. Dezember 1900.

Agraria gegen Agraria.

Gegen die von dem Bunde der Landwirthe angestrebte Verdoppelung der Weizen- und Roggenzölle erheben jetzt selbst agrarische Interessenvertretungen Protest. Das Organ der bayrischen Bauernbündler, die „Neue Bayr. Landesztg.", beleuchtet in einem sehr bemerkenswerthen Artikel die hinsichtlich der Höhe der landwirthschaftlichen Schutzzölle bestehenden gegensätzlichen Interessen der preußischen und süddeutschen Landwirthe. Letzteren ist weniger mit einer starken Erhöhung der Roggen- und Weizenzölle als mit einer Gleichstellung des Zolles für alle Getreidesorten gedient, wobei sie allerdings eine Erhöhung des Gersten- und Haferzolles anstreben. Die „Neue Bayr. Landesztg." hält dem Bund der Landwirthe vor, daß die Spiritus- und Zucker-Liebesgabe fast ausschließlich den preußischen Großgrundbesitzern zu gute komme und die Bauern direkt schädige und fährt alsdann fort:

Von den kolossalen Vortheilen, welche die norddeutschen Großgrundbesitzer voraus haben, wird vom Bund der Landwirthe nur möglichst wenig gesprochen, dagegen desto mehr von dem unerreichbaren 8 Markzoll für Weizen und Roggen. Die norddeutschen Großgrundbesitzer rechnen dabei so wie gewisse Händler, welche ungehemmer vorbieten und dann recht wohl zufrieden sind, wenn sie zwei Drittel oder drei Fünftel ihrer Forderung erreichen. Wenn sie das erreicht haben, können die süddeutschen und bayrischen Bauern mit einem kleineren Gersten- und Haferzoll vorlieb nehmen. Der bayerische Bauernbund, welcher vor allem das Interesse der bayerischen Bauern vertritt, will sich mit einer bescheidenen und erreichbaren, jedoch für alle Getreidesorten gleichmäßigen und für die anderen Stände erträglichen Zollerhöhung begnügen, darum wohl paßt der Bauernbund dem preußischen Bund der Landwirthe nicht in den Kram und wird von ihm mit allen Mitteln bekämpft. Vernünftigerweise befolgt der bayerische Bauernbund lieber das Beispiel des französischen Bauernbundes, zu dem die größte Zahl Bauern — 2½ Millionen — sich bekennt und der die größeren Erfolge und Erfahrungen im Zollschutz voraus hat. Die französische Schutzzollgesetzgebung setzt einen Zoll von 7 Francs (5 M. 60 Pf.) für den Doppelcentner fest und bei diesem Zoll sind in Frankreich alle Theile befriedigt: die Bauern und die größtentheils von ihnen lebenden Gewerbetreibenden, ebenso die Industriearbeiter, welche auch den Bauern den verdienten Lohn für ihre Mühen und Produkte gönnen. Das Brot ist in Frankreich nicht theurer noch schlechter als bei uns. Aber ein Hinausgehen über diese Zollgrenze wird selbst vom französischen Bauernbund ernstlich nicht befürwortet, weil er den Vorwurf des Brotwuchers nicht verdienen, keine Brotvertheuerung hervorrufen, noch das übrige Volk der Konsumenten zum gemeinsamen Kampfe gegen die bäuerlichen Interessen vereinigen will. Auch die bayerischen Bauern möchten nach dem Grundsatze „leben und leben lassen" Wirthschaftspolitik treiben und nicht durch übertriebene Forderungen, wie sie die bezahlten Agenten des Bundes der Landwirthe stellen, alles gegen sich aufbringen. Diese Leute wissen ganz wohl, daß ihre Forderungen unerfüllbar sind, allein durch die Aufbauschung der Forderungen verdecken sie andere Absichten, welche ebenfalls nicht zu Gunsten von uns Bayern wären. Vor allem haben wir nicht das mindeste Interesse an der Aufrechthaltung oder Vergrößerung der preußischen Junkerherrschaft, deren Stütze ja trotz allen Leugnens der Bund der Landwirthe sein soll."

Hier wird dem Bund der Landwirthe also von einer unzweifelhaft agrarischen Interessenvertretung bescheinigt, daß er Brotwucher anstrebt. Für die zollpolitischen Erörterungen im Reichstage ist dieses Zeugniß des bauernbündlerischen Organs sehr werthvoll. △

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser hörte gestern vormittag den Vortrag des Präses der Artillerie-Prüfungskommission, bayrischen Generallieutnant Frhrn. Fuchs v. Bimbach.

* Der Reichskanzler empfing gestern zu längeren Konferenzen den württembergischen Finanzminister Zeyer, vorgestern den badischen Minister Hammer und den Minister des Auswärtigen Brauer.

Die Agrarier über den neuen Reichskanzler.

Wie die agrarischen Nothstandspolitiker über den neuen Reichskanzler Grafen von Bülow denken, das hatte man Gelegenheit in einer Versammlung des Bundes der Landwirthe zu erfahren, die am Dienstag in Danzig stattfand. Ein Herr von Oldenburg-Januschau, einer der Führer des Bundes in Ostpreußen, erklärte nämlich zu Beginn der Sitzung:

Graf Bülow ist ein Mann ohne Ar und ohne Halm, der als Staatssekretär die Interessen des deutschen Volkes den Amerikanern gegenüber nicht so zu wahren vermochte, wie eine kraftbewußte Nation es zu verlangen berechtigt ist, und wir wollen hoffen, daß er die Flöte nicht still besetzte legt, wenn es sich darum handelt, der deutschen Landwirthschaft gleiche Luft und gleiches Licht zu schaffen mit den anderen produzirenden Ständen des Vaterlandes. Wir werden mit ihm gehen, wenn wir sehen, daß er nicht nur Bismarck'sche Worte, sondern auch Bismarck'sche Thaten hat, und wir werden ihn bekämpfen, wenn auch unter seiner Geschäftsführung der Versuch gemacht werden sollte, unsere Lebensinteressen zum Gegenstande von Konzessionen an das Ausland zu machen.

Bülow scheint den ostpreußischen Bündlern also ein zweiter Caprivi zu sein, dessen Schicksal ihnen gewiß ist, falls er den Bündlern nicht zu Willen ist. Nun gilt der oben genannte Herr v. Oldenburg zwar als einer der heißesten der agrarischen Heißsporne, allein wesentlich anders als er sprach auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Oertel nicht, der nach ihm zu Worte kam:

Sein erstes Auftreten im Reichstag als Kanzler war ungemein glücklich vom Standpunkt des Effekts. Wie schön war es, wie er mit Eugen Richter, diesem neunmal Gesiebten, als Kronzeugen dafür auftrat, daß der Reichstag nicht einberufen zu werden brauchte. Wie klug war es, als er vom Reichstag Indemnität nachsuchte, wenn der Reichstag Werth darauf legte; wie hübsch war es, wie er sich aus der etwas prekären 12,000 Mark-Affäre herauswand. Hoffen wir, daß er auch in Zukunft Festigkeit des Rückgrats hat. Ich und meine politischen Freunde stehen ebenso wie Herr v. Oldenburg dem neuen Reichskanzler gegenüber ohne Mißtrauen und ohne Vertrauensseligkeit. Die Worte, die er am Sonnabend den Vertretern der Landwirthschaft gesagt, können uns genügen, wenn er sie richtig auffaßt. Wir werden ja sehen, wie er sich macht. Er wird wohl das Rezept der Versöhnung, das er in der äußeren Politik angewendet, so weit es geht, auch auf die innere übertragen wollen, bis er an den heiklen Punkt kommt, wo die Interessen sich nicht mehr versöhnen lassen.

Auch den gewesenen Reichskanzler unterzog Herr Oertel seiner Beurtheilung. Danach hat man an dem Fürsten Hohenlohe von Kraft nichts, von Begabung wenig entdecken können; er sei selbst zum politischen Leben niemals eigentlich erwacht. Diese Charakterisirung des „politisch Todten," des „guten, alten Hohenlohe," entfesselte bei den Hörern nicht geringe Heiterkeit, eine Thatsache, aus der man das Mittel zur Einschätzung des Charakters der versammelten ostpreußischen Großgrundbesitzer gewinnen kann.

Politisches.

* Der Bundesrath überwies in seiner gestrigen Sitzung die für Elsaß-Lothringen bestimmten Entwürfe a) eines Gesetzes betr. die Kapitalsteuer, b) eines Gesetzes betr. die Lohn- und Besoldungssteuer, c) eines Gesetzes betr. die Verwendung der Erträge der Kapitalsteuer und der Lohn- und Besoldungssteuer, sowie die Erhebung der Bezirkszuschläge, ferner die Vorlage betr. die Ausprägung von Denkmünzen den zuständigen Ausschüssen und ertheilte die Zustimmung zu den Ausschußanträgen zu dem Entwurf eines Gesetzes betr. das Urheberrecht an Werken der Litteratur und der Tonkunst, zu dem Entwurf eines Gesetzes über das Verlagsrecht, zu der Vorlage des Reichskanzlers vom 19. November d. J., betr. Aenderung des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarif, und weiter zu den Ausschußberichten über den Entwurf zur Aenderung des statistischen Waarenverzeichnisses und des Waarenverzeichnisses der Massengüter und über a) den Antrag Sachsens betr. die Befreiung landwirthschaftlicher Lehrer und Beamten von der Versicherungspflicht gemäß § 7 des Invalidenversicherungsgesetzes, b) den Entwurf von Abänderungen und Ergänzungen der Bestimmungen über die Statistik der Bewegung der Bevölkerung.

* In der Zusammenstellung der Bestimmungen über die Gewährung von Sonderzügen und die Gestellung von Salon- 2c. Wagen war Fürst zu Hohenlohe, wie wir mittheilten, gestrichen und an seine Stelle der neue Reichskanzler Graf v. Bülow gesetzt worden. Diese Korrektur scheint nicht die Billigung des Eisenbahnministers gefunden zu haben; denn nach einem Erlaß desselben ist bestimmt worden, „daß bei den Reisen des Herrn Altreichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe der Erlaß vom 14. November 1894 2c. nach wie vor Anwendung zu finden hat auf Reisen des jetzigen Herrn Reichskanzlers Grafen v. Bülow und des Herrn Altreichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe 2c."

* Die „Nordd. Allg. Ztg." hört, die Nachricht des „Kleinen Journals", daß Prof. Döpler der Jüngere zur Zweihundertjahrfeier des Königreichs Preußen Entwürfe für einen neu zu stiftenden Orden anfertige, sei nicht begründet.

Volkswirthschaftliches.

* Die Ausführungsbestimmungen zum Fleischbeschaugesetze werden sobald noch nicht in Kraft treten. Der „Rhein.-Westf. Ztg." wird gemeldet:

Die vom Bundesrath zu erlassenden Ausführungsvorschriften zum Fleischbeschaugesetz verzögern sich dadurch, daß gleichzeitig entsprechende Einrichtungen einmal für die Untersuchung des Fleisches im Inlande und zweitens für die Ueberwachung des aus dem Auslande eingehenden Fleisches hergestellt werden müssen. Auch ist es erforderlich, daß zuvor überall, namentlich auch auf dem flachen Lande, für ein ausreichendes, genügend vorgebildetes Personal von amtlichen Fleischbeschauern gesorgt wird. Ehe aber diese immmgänglichen Vorbereitungen beendet sein werden, dürfte noch eine geraume Zeit vergehen.

Da wird die agrarische Presse wieder Zeter und Mordio schreien ob des Verlustes, der ihren Anhängern entgeht.

Kirche und Schule.

* Zu den vielerörterten und mit Recht Aergerniß erregenden Auslassungen des Priesters Prinzen Max von Sachsen über die Evangelischen veröffentlicht das „Dresdener Journal" jetzt eine Erklärung, derzufolge das Kultusministerium über den Inhalt der Ansprachen, die Prinz Max am 14. Okt. d. J. in Plauen i. V. in einem Predigt- und Beichtgottesdienste für die italienischen Arbeiter römisch-katholischer Konfession, sowie in der Versammlung eines römisch-katholischen Vereins gehalten hat, alsbald nach den ersten Veröffentlichungen eingehende Erörterungen angestellt hat. Bei diesen Erörterungen, die aus naheliegenden thatsächlichen Gründen eine längere Zeit in Anspruch genommen haben, hat sich ergeben, daß die zur Beschwerde gezogenen Aeußerungen des Prinzen wenigstens theilweise mißverstanden, theilweise auch nicht ganz richtig in der Presse wiedergegeben worden sind. Insbesondere dürfe jetzt als feststehend angenommen werden, daß der Prinz bei dem Gebrauch des Ausdruckes „infedell" die evangelisch-lutherische Bevölkerung in Sachsen nicht im Sinne gehabt, vielmehr die Gottesleugner, die den Atheismus zu verbreiten suchen und die ungläubigen Sozialisten gemeint, übrigens auch von den sittlichen Gefahren eines Umganges mit Andersgläubigen gar nicht gesprochen hat.

„Es ist nach den eigenen Erklärungen Sr. Königl. Hoheit anzunehmen, daß derselbe, schon um nicht eine erneute Erregung hervorzurufen und anderweiten Mißverständnissen und unliebsamen Erörterungen in der Presse ausgesetzt zu werden, in absehbarer Zeit selbst nicht auf den Wunsch zurückkommen wird, öffentliche kirchenamtliche Funktionen in Sachsen auszuüben. Sollte dies aber doch geschehen, so wird die Staatsregierung bei der alsdann ihrerseits zu fassenden Entschließung der ihr gesetzlich obliegenden Verpflichtung, den öffentlichen Frieden zu schützen, ganz gewiß eingedenk bleiben."

Hoffentlich bleibt der Priester Prinz Max in Zukunft ganz fort aus Sachsen, dessen Bevölkerung sich unter den bestehenden kirchlichen Verhältnissen ganz wohl fühlt und die prinzliche Einmischung durchaus als eine Störung des konfessionellen Friedens betrachtet.

* Zu den drückendsten Mißständen auf dem Gebiete des Schulwesens gehört es, daß der bauliche Zustand der Schulen besonders schlecht und das Baubedürfniß besonders groß gerade in solchen Gemeinden und Landestheilen ist, in denen die Leistungsfähigkeit der Schulunterhaltungspflichtigen sehr gering ist. Aus diesem Grunde hat der preußische Staatshaushaltsetat bereits seit einer Reihe von Jahren Bedacht darauf genommen, in immer steigendem Maße Mittel zur Gewährung von Bauzuschüssen für die unvermögenden Schulunterhaltungspflichtigen bereit zu stellen. So sind im laufenden Etat außer einem für diesen Zweck im Ordinarium aufgeführten Betrage von 1 Million Mark nicht weniger als 3 Millionen Mark durch das Extraordinarium aufgebracht worden. Bereits in der letzten Landtagssession hat aber der Unterrichtsminister angekündigt, daß die Staatsregierung die günstige Lage der Finanzen dazu benutzen werde, Mittel in besonders hohem Betrage zur Förderung des Schulhaus-Neubaues bereitzustellen. Er kündigte damals an, daß etwa 10 Millionen Mark zu diesem Zwecke in den nächstjährigen Etat eingestellt werden sollten. Dem Vernehmen der „Berl. Pol. Nachr." nach beabsichtigt der Etatsentwurf aber nicht nur, diese Ankündigung in vollem Maße zu verwirklichen, es soll in demselben noch darüber hinaus ein Betrag von 3 Millionen Mark zur Unterstützung des Baues von Volksschulen ausgeworfen sein, so daß die betr. Position des Extraordinariums sich im Ganzen auf 13 Millionen Mark, das sind um 10 Millionen Mark mehr als im vorigen Jahre, belaufen wird. — Die Einsicht, daß etwas für die Schulbauten gethan werden muß, kommt zwar spät, aber sie kommt doch wenigstens.

Parlamentarisches.

* Die Budgetkommission berieth gestern weiter über die Chinavorlage bei dem Titel Pensionen. Abg. Bachem warf die Frage auf, warum die Hinterbliebenen der ostasiatischen Truppen sich besser als die der afrikanischen Schutztruppen ständen. Generallieutnant von Viebahn betonte, daß der Regierung Abhilfe am Herzen liege; Entwürfe lägen der Reichsfinanzverwaltung bereits vor. Zu Gunsten der Truppen in China müsse ein Ausnahmegesetz gemacht werden. Die Abgg. Lieber und Paasche verlangen die Vorlegung eines besonderen Gesetzentwurfs. Abg. Richter beantragte, die Berathung dieser Titel auszusetzen, bis generelle Verfügungen und ein Indemnitätsgesetz betreffend der in Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen gewährten Zusicherungen vorgelegt sind. Der Antrag Richter's wird angenommen. Die Ausgaben für die Medaillen werden ohne Debatte genehmigt. Die Budgetkommission beschäftigte sich dann mit den Anträgen Richter's betreffend die Wiederauflösung der Expeditionscorps nach der Expedition und betreffend die Verhütung einer Schwächung der Kriegsfähigkeit des Heeres durch theilweise Mobilisirungen. Die Kommission vertagte sich auf Freitag vormittag, ohne Beschlüsse gefaßt zu haben.

* Im Reichstag brachten Freiherr zu Heyl-Herrnsheim, Münch-Ferber und Oriola einen Antrag ein auf Vorlage eines Entwurfes, wodurch eine sachgemäße Reichsaufsicht für solche Kartelle und Syndikate eingeführt wird, deren Geschäftsgebahren nachweislich monopolistischen Charakter angenommen hat.

Koloniales.

* Der Staatssekretär des Reichspostamts erläßt folgende Bekanntmachung über die Ausgabe der deutschen Kolonialmarken: Die für die deutschen Schutzgebiete und die deutschen Postanstalten im Auslande ausgegebenen neuen Postwertzeichen sollen vom 17. Dezember ab bis auf weiteres auch beim Postamt 19 in Berlin SW. (Beuthstraße) an einer eigens hierfür bestimmten Stelle verkauft werden. Die neue Ausgabe umfaßt die nachbezeichneten Werthzeichen:

a. für die Schutzgebiete Deutsch-Neuguinea, Deutsch-Südwestafrika, Kamerun, Carolinen, Kiautschou, Marianen, Marschall-Inseln, Samoa, Togo: alle für das Reichspostgebiet ausgegebenen Werthe (mit Ausnahme des zu 2 Pf.) mit einem für alle Schutzgebiete gemeinsamen, nur durch den Namen des Schutzgebiets unterschiedenen Markenbilde;

b) für das Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika (der in Klammern gesetzte Betrag bedeutet den Verkaufspreis für die betreffende Sorte): Freimarken zu 2 Pesa (5 Pf.), 3 Pesa (7 Pf.), 5 Pesa (12 Pf.), 10 Pesa (25 Pf.), 15 Pesa (34 Pf.), 20 Pesa (45 Pf.), 25 Pesa (56 Pf.), 40 Pesa (90 Pf.), 1 Rupie (1.45 M.), 2 Rupien (2.90 M.), 3 Rupien (4.35 M.); Postkarten zu 3 Pesa (7 Pf.), 3+3 Pesa (14 Pf.), 5 Pesa (12 Pf.) und 5+5 Pesa (24 Pf.).

c) für die deutschen Postanstalten im Auslande (Türkei, China, Marokko): die für das Reichspostgebiet ausgegebenen Postwerthzeichen (Werthe wie unter a), mit der Ausnahme, daß in der Türkei die Freimarken zu 3 Pf. und die Postkarten zu 5 Pf. ausfallen, dagegen Streifbänder zu 5 Pf. hinzutreten. Die hier in Verkehr kommenden Postwerthzeichen tragen einen Ueberdruck, und zwar 1. die Postwerthzeichen für die Türkei den Gegenwerth in der Piasterwährung, 2. die Werthzeichen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19001207012/fragment/page=0001

Marokko den Landesnamen und den Gegenwerth in der Peseta-Währung, 3. die Werthzeichen für China mit Ausnahme von Kiautschou (s. unter a) den Landesnamen.

Die für die deutschen Schutzgebiete usw. hergestellten Postwerthzeichen früherer Ausgaben werden vorläufig nicht mehr verkauft.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

14. Sitzung vom 6. Dezember, 2 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesrathstische: v. Thielen, Bresfeld u. a.

Zunächst wird ein schleunziger Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens, das gegen den Abg. Thiele (Soz.) schwebt, angenommen, nachdem Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) vergebens versucht hat, dagegen Einspruch zu erheben.

Dann wird die Berathung über die Kohlen-Interpellation fortgesetzt.

Handelsminister **Bresfeld** wendet sich gegen einige Aeußerungen, die der Abg. Richter in der vorgestrigen Sitzung gemacht hat. Staatliche Verkaufsstellen für Kohlen auf den Zechen giebt es bereits, natürlich nicht auf jeder Grube, wir werden daher gut thun, es bei dem bestehenden Zustand zu belassen. Man hat mir vorgeworfen, daß das Centralbureau in Schlesien unter meiner Leitung weniger gewirkt und weniger an die Konsumenten verkauft hätte, als unter der Leitung meines Vorgängers. Auch dies ist nicht richtig. Sowohl ich als auch meine Vorgänger haben alles gethan, was in unseren Kräften stand, soweit es eben die Verhältnisse gestatten. Man hat vorgeschlagen, daß auch die fiskalischen Gruben in das Syndikat hätten eintreten sollen. Aber ich halte jetzt, so lange es mir möglich ist, die Presse niedrig und gehe erst dann in die Höhe, wenn die Preise sich befestigt haben. Das könnte ich jedoch nicht, wenn die fiskalischen Gruben dem Syndikat beigetreten wären. Der Vorwurf des Abg. Heim, daß ich wie ein Aufsichtsrath eines Kohlenwerks gesprochen hätte, ist unberechtigt, ich habe stets, so viel es mir möglich war, die Interessen der Arbeiter berücksichtigt. Herr Heim beklagte sich auch darüber, daß in Preußen viel zu wenig Gruben abgebaut würden, und wies darauf hin, daß in Bayern die Grubenbesitzer auf Grund des Bergagesetzes dazu gezwungen wurden, neue Schächte zu eröffnen. Das letztere mag richtig sein, aber daraus folgt noch nicht, daß die Bayern bessere Menschen sind; denn in Preußen ist gegen die Grubenbesitzer nur aus dem einen Grunde nicht auf Grund des Bergagesetzes vorgegangen worden, weil die Grubenbesitzer aus freien Stücken alles gethan haben, wozu das Bergagesetz sie verpflichtete. Ich habe Ihnen schon vorgestern zahlenmäßig nachgewiesen, in wie hohem Maße in den letzten Tagen die Produktion in Preußen gestiegen ist.

Eisenbahnminister **von Thielen** polemisirt ebenfalls gegen die letzte Rede des Abg. Heim. Es sei durchaus nicht wahr, daß der Schwiegi billigere Kohlen als Bayern geliefert seien. Der Vorschlag des Grafen Kanitz, nur den Händlern Ausfuhrtarife zu gewähren, die sich auf einen bestimmten Verbrauch verpflichteten, ist ganz undurchführbar. Auch muß man dabei berücksichtigen, daß ein großer Theil der Kohlen auf dem Wasserwege befördert wird.

Abg. **Sachse** (Soz.): Die Ausführungen des Abg. Heim waren ganz berechtigt. In Bayern hat man aber noch den Wunsch, den Kohlenmagnaten entgegenzutreten, den man in Preußen nicht hat. Ganz unberechtigt ist der Vorwurf, daß die Arbeiterstreiks an den hohen Kohlenpreisen schuld sein sollen. Von 430,000 Arbeitern haben höchstens 20,000 8—14 Tage gestreikt. Dies kann doch auf die Preise keinen Einfluß gehabt haben. Selbst während der Streiks wurden aber nach Oesterreich ungeheure Massen deutscher Kohlen ausgeführt, ohne daß die Regierung dagegen Einspruch erhob. Eben so unrichtig ist es, daß die Arbeiterschaft so hohe Löhne bekomme, die Arbeitsleistung der Arbeiter ist in den letzten Jahren um 21 Proz. gestiegen, der Lohn jedoch nur um 15 Proz. Die Hauptschuld an den hohen Preisen trägt das Kohlensyndikat, das seine Hauptaufgabe darin erblickt hat, die Produktion einzuschränken, um die Preise in die Höhe zu schrauben. Diese Praxis hat es bis zum Mai d. J. eingehalten. Auch die Händler haben an den Preistreibereien sich betheiligt, es besteht auch ein Händlerring, Händler, die billiger verkaufen, wird angedroht, daß sie offen als Schleuderer gekennzeichnet werden würden. Mir liegt ein Brief eines Harburger Kohlenhändlers vor, dem von dem Kohlensyndikat die Kohlen entzogen wurden, weil er zu billig verkaufte. (Hört, hört!) Pflicht der Regierung wäre es gewesen, die Kohlenausfuhr aufzuheben, oder, wenn dies wegen der Handelsverträge nicht möglich war, doch wenigstens einzuschränken. Das Centrum sollte nicht nur die Regierung und das westliche Syndikat angreifen, denn die schlesischen Grubenbesitzer, die dem Centrum angehören, sind eben so schlimm wie die Juden und das Syndikat. Wegen der paar Pfennige Lohnerhöhung hätte man in Schlesien die Preise nicht zu erhöhen brauchen. Herr Hilbck lobte die Villenkolonien in den Grubenbezirken, aber ein anständiger Arbeiter geht nicht dahinein. Auf der Zeche „Hannover" wurden den Arbeitern für die Kolonien 300,000 M. abgezogen. Dafür kann man freilich den Wohlthäter der Menschheit spielen, Villen bauen und Monarchen zu Gaste laden. Außerdem werden die Arbeiter in den Kolonien in geradezu sklavischer Abhängigkeit gehalten, nicht mal ein Zeitungskolporteur darf ins Haus hinein, der dem Bergwerkbesitzer nicht angenehm ist. Auf manchen Gruben müssen die Arbeiter in Erdhütten und Ställen wohnen. Dabei haben bereits viele Zechen Lohnreduzirungen vorgenommen, obwohl die Dividenden von Jahr zu Jahr steigen. Daran sind auch Abgeordnete betheiligt.

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich bitte, hier nicht auf die Privatverhältnisse einzelner Abgeordneter einzugehen.

Abg. **Sachse** (fortfahrend) geht sodann auf die Lage der Bergarbeiter in Schlesien näher ein und bittet die Abgeordneten vom Centrum, auf ihre Gesinnungsgenossen in Schlesien einzuwirken, daß sie die Vorschriften der Bergbehörden besser beobachten. Man müsse die Bergarbeiter menschlich behandeln. Wenn das Centrum nicht immer auf die katholischen Bergarbeiter einwirkte und sie hinderte, mit den anderen Bergarbeitern Hand in Hand zu gehen, dann wäre die Lage der Bergarbeiter schon lange eine viel bessere. (Oho! im Centrum.)

Sächsischer Bundesrathsbevollmächtigter **Fischer** richtet eine Bemerkung des Vorredners entgegen, wonach die sächsische Regierung nicht den Muth gehabt habe, dem Kohlenmangel entgegenzutreten. Die sächsische Regierung habe gleich beim Auftreten eines Kohlenmangels alles gethan, umdemselben entgegenzutreten. Einkaufsgenossenschaften seien auf ihre Anregung gebildet, Frachtvergünstigungen gewährt und andere Maßnahmen ergriffen worden. Dem Vorredner müsse er entgegenhalten, daß doch Streiks häufig aus dem Grunde ins Leben gerufen werden, um einen Kohlenmangel zu erzeugen und dadurch einen Druck auszuüben.

Abg. **Gamp** (Rp.): Das Kohlensyndikat wirke insofern nützlich, als es die Kohlenpreise regulire und zu große Preisschwankungen verhindere. Die Höhe der Kohlenpreise sei nicht auf die Maßnahmen des Syndikats zurückzuführen, sondern auf die allgemeine Lage des internationalen Kohlenmarktes. Es sei zu wünschen, daß der Staat in Oberschlesien ein Kohlensyndikat gründe und in Westfalen Gruben erwerbe, um einen Einfluß auf die Preisbildung zu erlangen. Daß ein solcher Einfluß des Staats möglich ist, beweise seine Betheiligung am Kalisyndikat. Der preußische Finanzminister, der das Interesse der Allgemeinheit über das fiskalische Interesse stelle, werde gewiß die nöthigen Mittel zur Verfügung stellen. Freilich müsse auch der Staat die Produktion in gewissen Bezirken halten mit Rücksicht auf die Arbeiterlage. An der oberschlesischen Grenze können übrigens ganz gut galizische Arbeiter verwendet werden, um die Produktion zu steigern. Eine Ueberfluthung des Landes mit fremden Arbeitern infolge einer solchen Maßregel sei nicht zu befürchten. Der preußischen Regierung könne der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie durch allzustrenge Absperrung der ausländischen Arbeiter die Kohlennoth aufgelegt habe. Die Erörterung der Kohlennoth in der Presse habe wesentlich dazu beigetragen, die Krisis zu steigern. Die Verhandlungen des Reichstages mögen dagegen zur Beruhigung beitragen. Der Minister Thielen habe die Befürchtung ausgesprochen, daß durch eine Beseitigung der billigen Ausfuhrtarife die Ausfuhr auf die Wasserwege gelenkt werde. Im preußischen Landtage habe er sich doch gerade für eine Erweiterung der Wasserwege ausgesprochen! Ein Kohlenausfuhrverbot sei nicht angängig.

Handelsminister **Bresfeld** bemerkt, daß der mehrfach empfohlene Weg des kommissionsweisen Verkaufes der Kohlen nicht angängig sei, sämmtliche Bergbehörden hätten sich dagegen ausgesprochen. In Oberschlesien liegen die Verhältnisse anders als bei dem Kalisyndikat. Hier sei der Staat zuerst auf dem Plan gewesen und hätte dadurch Einfluß gewinnen können, in Schlesien sei das nicht mehr möglich.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) führt aus, daß alle vorgeschlagenen Mittel nicht genügten, um die Kohlennoth zu heben. Ein Gefühl des Neides hätte ihn ergriffen, als er gelesen, daß der frühere Generalgouverneur von Warschau die Kohlenhändler zu sich kommen ließ und ihnen die Preise diktirt hätte.

Abg. **Dr. Pachnicke** (freis. Vg.) wünscht, daß die Regierung dem Hause ein Bild von der gegenwärtigen Tariflage gäbe. Ein Ausfuhrverbot für Kohlen sei mit den Handelsverträgen unvereinbar und würde außerdem zu einem die Industrie schwer schädigenden Zollkrieg führen. Eine Verstaatlichung des Bergbaues, die die Sozialdemokratie fordert, sei nur ein Schritt weiter zur Verstaatlichung der Produktion. Außerdem würde eine Verstaatlichung des Bergbaues keine Verbilligung der Preise bringen, die preußische Eisenbahnverwaltung hätte doch auch keine billigen Personentarife eingeführt. Für das Kohlensyndikat wolle er sich nicht einsetzen, dasselbe suche eben so viel zu verdienen, als es mit Anstand könne. Die Preise würden von dem Angebot und der Nachfrage regulirt. Hoffentlich würden die Konservativen nicht nur der Kohlenvertheuerung, sondern auch der Brotvertheuerung entgegentreten und sich über alle Sonderinteressen hinwegsetzen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Rechnungssachen und Fortsetzung der heutigen Besprechung.)

Schluß 5¾ Uhr.

Ausland.

Präsident Krüger in Holland.

Präsident Krüger ist gestern nachmittag in der niederländischen Hauptstadt im Haag eingetroffen. Bis weit über das Weichbild der Stadt hinaus hielt eine dichtgedrängte Menschenmenge mit niederländischen und transvaalischen Fahnen beide Seiten des Bahndammes lange vor Ankunft des Zuges besetzt. Der Zug des Präsidenten wurde beim Einlaufen in die Stadt mit stürmischer Begeisterung empfangen. Um 3 Uhr 50 Min. traf der Zug auf dem Bahnhofe ein. Viele Vertreter der Behörden und zahlreiche Mitglieder beider Kammern sowie zahlreiche Vereine waren zugegen. Da Krüger incognito reist, war kein Vertreter des Hofes anwesend. Ein Sängerchor stimmte den 72. Psalm an. Der Bürgermeister hieß Präsident Krüger im Namen der Hauptstadt willkommen und der Vorsitzende des Südafrika-Vereins im Haag begrüßte Krüger im Namen des niederländischen Volkes. Sodann wurde der Präsident in feierlichem Zuge nach dem „Hotel des Indes" geführt.

Auf dem Bahnhofe hatte auch der Vorsitzende des Südafrika-Vereins eine Ansprache an Krüger gehalten, nach deren Beendigung Krüger zunächst für die an ihn gerichteten Ansprachen und Adressen dankte und dann einen Vergleich zwischen dem jetzigen Kriege in Südafrika und dem Kriege, welchen Holland vor 80 Jahren gegen Spanien zu führen hatte, zog. Der Unterschied sei der, daß Transvaal einer großen Macht gegenüber ein kleines Kind sei. Der Einfall Jameson's sei der Anfang eines ungerechtfertigten Angriffs auf die Freiheit der Republiken gewesen. Von Anfang an sei die Vernichtung der Republiken und ihrer Existenz als freie Völker beschlossen gewesen, und sie hätten deshalb nichts anderes thun können, als ihre Grenzen zu vertheidigen. Sie hätten sich für einen Kampf bis zum Ende in Gottes Hände gegeben. Er vertraue dem Einflusse eines Volkes, wie des holländischen, und hoffe, daß mit solcher Unterstützung der Tag der Gerechtigkeit kommen werde. Er werde alle Mittel anwenden, um zu seinem Ziele zu gelangen. Zum Schluß sprach Krüger die Hoffnung aus, daß ganz Holland, dessen Sprache dieselbe, wie die seines Volkes sei, sich mit ihm zu dem Werke der Befreiung verehren werde.

Nach der Ankunft Krüger's im Haag machte der Gesandte Dr. Leyds dem Minister des Aeußeren amtlich Mittheilung von der Ankunft des Präsidenten. Dieser empfing gleich darauf die Besuche mehrerer Minister; der Minister des Aeußeren, de Beaufort, und der Premierminister Pierson befanden sich nicht darunter. Beide niederländischen Kammern beschlossen, den Präsidenten offiziell begrüßen zu lassen.

Auf der Fahrt nach dem Haag war Krüger auf allen größeren Zwischenstationen stürmisch begrüßt worden.

Oesterreich-Ungarn.

Der österreichische Verwaltungsgerichtshof wies gestern die Beschwerde der Städte Innsbruck und Linz wegen Aufhebung des Beschlusses, Straßen nach dem Namen Bismarcks zu benennen, durch den Landesausschuß ab. Die Abweisung wird mit der sonderbaren Erklärung begründet, daß die Landesausschüsse formell berechtigt seien, derartige Beschlüsse der Gemeinden aufzuheben, es müsse aber auch gleichzeitig anerkannt werden, daß eine derartige Ehrung Bismarcks geeignet sei, patriotische Gefühle zu verletzen.

Frankreich.

Die Deputirtenkammer berieth gestern die Amnestievorlage. Drumont verlangte eine allgemeine Amnestie, nementlich eine solche für Guérin, Déroulède und Habert. (Bewegung.) Lasies sagte, die Regierung suche einzig und allein für gewisse, ihr unbequeme Prozesse das Verfahren einzustellen. Er warf der Regierung weiter vor, daß sie die wegen politischer Vergehen Verurtheilten von der Amnestie ausschließe. Guieysse erklärte, es sei die Dreyfus-Angelegenheit, welche die ganze Sachlage beherrsche. Die Vorlage über die Amnestie werde es Dreyfus unmöglich machen, seine Unschuld zu beweisen. Wenn Dreyfus schuldig sei, so hätte man ihn nicht begnadigen sollen. (Lärmende Zwischenrufe.) Redner sagt zum Schlusse, er lehne die Amnestie ab, da sie einen Spitzbuben, wie Esterhazy, ungestraft lasse, und achtbare Offiziere, wie Picard, auch weiterhin dem Verdacht aussetze. (Beifall und Lärm.) Lasies meinte, Guieysse greife von der Tribüne aus abgeurtheilte Angelegenheiten an, und verlangt, daß der Kriegsminister darauf antworte. Kriegsminister André erklärt, seine Pflicht gebiete ihm, sich nicht in Diskussionen über Urtheile einzulassen, die in gesetzmäßiger Weise erfolgt seien. (Beifall links, Lärm rechts, lebhafte Erregung.) Dreyfus verlangte, daß, um Beruhigung herbeizuführen, die Amnestie allgemein sei und daß nur für das Verbrechen des Verraths eine Ausnahme gemacht werde. (Verehrzelter Beifall.) Die Regierung solle eine Vorlage in diesem Sinne einbringen. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärt, er habe eine allgemeine Amnestie deshalb nicht beantragt, weil er das Land nicht einer neuen Erregung aussetzen wolle. (Wiederholter Beifall.) Der Antrag Dreyfus wurde mit 311 gegen 232 Stimmen abgelehnt.

Der Senat nahm gestern die Berathung des Gesetzentwurfs betreffend Vermehrung der Flotte wieder auf. Marineminister Lanessan trat für die Vorlage ein und erklärte, die Regierung sei, als sie die Vorlage einbrachte, von keinerlei Angriffsgedanken gegen irgend eine Nation beseelt gewesen, sondern habe sich nur von dem Wunsche leiten lassen, für Frankreichs eigene Sicherheit zu sorgen.

England.

Die Thronrede zur Eröffnung des Parlaments besagt: Es ist nöthig geworden, weitere Deckung für die Ausgaben zu beschaffen, die infolge der Operationen unserer Heere in Südafrika und China erwachsen sind. Ich habe Sie zu einer besonderen Tagung zusammenberufen, damit Sie den hierzu erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen Ihre Sanktion geben. Ueber andere Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmende öffentliche Angelegenheiten will ich mich erst äußern, wenn das Parlament im Frühjahr zu seiner ordentlichen Tagung zusammentritt. — Diese Thronrede ist so kurz und nichtssagend wie nur möglich. Das Oberhaus berieth gestern über die Adresse zur Beantwortung dieser Thronrede. Latton erklärte dabei nur, die Regelung der südafrikanischen Angelegenheit, durch welche für die Aufrechthaltung einer festen britischen Herrschaft Sorge getragen werden könne, könne zufriedenstellend sein. Kimberley wies auf die plötzliche Auflösung des Parlaments hin und sagte, er setze voraus, die Regierung habe damals den Eindruck gehabt, daß der Krieg in Südafrika thatsächlich beendet sei, aber die jetzigen Umständen ließen diese Voraussetzung als ungerechtfertigt erscheinen. Die Thronrede der Königin sei äußerst kurz, das Parlament habe aber das Recht, genauere Auslassungen über die Politik der Regierung bezüglich Südafrikas zu erwarten. Der Krieg nähere sich offenbar noch nicht seinem Ende, die Feindseligkeiten hätten im Gegentheil in letzter Zeit zugenommen und einen bedenklichen Charakter angenommen. Sehr peinlich hätten die Meldungen über die grausame Behandlung der Buren berührt. Er habe zu der Menschlichkeit des Feldmarschall Roberts volles Vertrauen und er sei, bis er von maßgebenderer Seite Auskunft erhalten, nicht geneigt, jenen Meldungen Glauben zu schenken, doch wünsche er zu erfahren, wie weit ein strenges Vorgehen überhaupt völlig unvermeidlich war. Es käme vor allem darauf an, daß der Krieg nach seiner Beendigung möglichst wenig Erbitterung zurückliefe. Bezüglich der Lage in China hält Redner dafür, daß sich die Mächte dort so gut verständigt hätten, wie man dies unter so schwierigen Umständen vernünftigerweise erwarten konnte. Der Abschluß des englisch-deutschen Abkommens habe ihn mit Genugthuung erfüllt, er hoffe jedoch nicht, daß dieses Abkommen den Plan einer Expedition nach dem Innern Chinas anschließe, um dort den Kaiser und die Kaiserin von China gefangen zu nehmen. Ein solch s Unternehmen würde sich noch länger hinziehen als der Krieg in Südafrika. Premierminister Lord Salisbury pflichtete dem Ausdrucke der Bewunderung für die ausgezeichnete Thätigkeit der britischen Truppen unter der Führung von Roberts und Kitchener bei, sprach jedoch sein Bedauern aus über die großen Verluste von Menschenleben, und fuhr dann fort, Lord Kimberley habe ihn gefragt, ob es möglich sei, etwas zu thun, das die den Guerillakrieg Führenden veranlassen könnte, die Waffen niederzulegen und die Haltung friedlicher Bürger anzunehmen. Glaube Lord Kimberley denn, daß England alle gebrachten Opfer aufgeben und eine Art von Unabhängigkeit geben wolle? (Lord Kimberley unterbrechend: Das würde ich über alles bedauern.) Was sei dann auf Lord Kimberley's Aeußerung zu geben; denn das einzige, was diese Guerillas befriedigen könne, sei die Wiederherstellung einer Art von Unabhängigkeit, und das könnte nicht geschehen. In dieser Hinsicht sei die Politik der Regierung absolut unverändert. Die Position einer britischen Kolonie mit eigener Verwaltung wünsche die Regierung dem Volke anzubieten, wenn es bereit sei, diese anzunehmen. Er wisse nicht, wie lange dies dauern werde, es könnten Jahre sein, es könnte auch eine Generation darüber hingehen. Diejenigen, die den Kampf fortsetzten, trügen die Verantwortlichkeit für das unausbleibliche Ende. Sie verzögerten die Gewährung der werthvollen Privilegien, welche die anderen weißen Unterthanen der Königin genessen, und je länger sie die Annahme dieser Privilegien verweigerten, um so länger würde die Gewalt in Anwendung bleiben und die Wohlthat vollständiger Freiheit zurückgehalten werden. England könne niemals erlauben, daß auch nur ein Stückchen Unabhängigkeit bleibe. Aber wenn die Regierung einer Haltung sicher sei ähnlich der von den anderen Kolonien eingenommenen, dann könne sie keine bessere Genugthuung haben, als die Buren als glückliche, zufriedene Bewohner eines Landes zu begrüßen, das eine der schönsten Juwelen in der Krone der Königin bilden würde.

Lord Salisbury schloß, hinsichtlich Chinas habe Lord Kimberley sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß Expeditionen in entlegene Theile Chinas entsandt werden sollen. Er stimme ihm vollständig bei und spreche die Hoffnung aus, daß eine solche Expedition nicht entsandt werde. Im übrigen könne er Lord Kimberley nicht zufriedenstellen, indem er genau die Lage, in der die chinesische Frage sich befinde, auseinandersetze. Das Konzert bestehe, und die letzten Nachrichten zeigten, daß es eine sehr vernünftige Lebensfähigkeit besitze. Er (Salisbury) sei mehr im Zweifel über die Zeit, wann ein befriedigendes Resultat erreicht werden würde, als darüber, ob das europäische Konzert Erfolg haben werde. Die Regierung hoffe alles zu erreichen, was sie sich vorgesetzt habe. Weiteres könne er nicht sagen, ohne eigene Geheimnisse zu verrathen oder, was überall als noch schlimmer angesehen wird, die Geheimnisse anderer Völker. Nach weiterer kurzer Debatte wurde dann die Adresse angenommen und das Haus bis Montag vertagt.

Bulgarien.

Der „Pester Lloyd" meldet aus guter Quelle, der Hauptgrund der bulgarischen Ministerkrise sei der Mißerfolg des Kabinets bei den Zollverhandlungen mit der Türkei. Der Fürst ist bemüht, ein Koalitionskabinet Grekow-Stoilow zu bilden, welches sich in erster Linie der Besserung der Finanzen und der Herstellung des inneren Friedens widmen soll.

Einem bei Redaktionsschluß eintreffenden Telegramm zufolge beauftragte der Fürst Radoslawow mit der Kabinetsbildung.

Kleine Notizen.

* Der norwegische Staatsminister Steen soll fest entschlossen sein, mit Schluß der Storthingssession zurückzutreten.

* Verschiedene, über das Befinden des Papstes verbreitete ungünstige Gerüchte sind vollkommen unbegründet; der Papst befindet sich wohl.

* Der Zar ist fast völlig wiederhergestellt.

Strafkammer zu Halle.

Halle, 6. Dezember.

Vom hiesigen Schöffengericht war der Redacteur des hiesigen Volksblattes, Wilhelm Swienty, wegen Verübung groben Unfugs zu 6 Tagen Haft verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil legte er Berufung ein. Fragliche Uebertretung war in erster Instanz in drei im Volksblatt veröffentlichten Briefkastennotizen gefunden worden, in denen zwei namhaft gemachte Personen als Nichtabonnenten des Volksblattes bezeichnet sind und eine dritte Person, der Former und Viktualienhändler Rost in Glebichenstein als wegen dem Verbande noch einer anderen Organisation angehörig angegeben ist. Kaufmann Leidloff, einer der Nichtabonnenten, hatte sich nicht beunruhigt gefühlt; er war jedoch aus Veranlassung einer ihm von einem Arbeiter gemachten Vorhaltung Abonnent des Volksblattes geworden, um Kunden nicht einzubüßen. Gastwirth Werther in Luckenau hatte erst 2 Monate später von der ihn betreffenden Notiz etwas erfahren, aber gemerkt, daß mehrere seiner Gäste weggeblieben waren. Rost hatte sich nicht beunruhigt gefühlt und auch nicht geglaubt, daß eine Geschäftsschädigung gegen ihn beabsichtigt gewesen. Im mittl

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19001207012/fragment/page=0002

in Unruhe gerathen war der Eisenbahnbeamte Feigel durch eine andere, nicht unter Anklage gestellte Notiz, die sich auf Frau Viktualienhändlerin Metke bezog. Der Angeklagte erklärte, betreffende Notizen seien nur als Antworten auf bezügliche Anfragen, die an die Expedition des „Volksblattes" gelangt waren, auf Veranlassung der Expedition von der Redaktion im Briefkasten veröffentlicht worden ohne Absicht, daß jemand etwa boykottirt werden sollte. Das Gericht der Berufungs-Instanz erachtete die erwähnte Strafe für zu hoch bemessen und erkannte auf 10 M. Geldstrafe oder 2 Tage Haft. In der Begründung hieß es, der Gerichtshof sei den Ausführungen des Richters erster Instanz beigetreten, wonach grober Unfug auch vorliege, wenn eine Veröffentlichung geeignet sei, Beunruhigung hervorzurufen; dies treffe in den vorliegenden Fällen zu. Die politische Vorstellung einiger Geschäftsleute sei in die Oeffentlichkeit gebracht und dadurch ein Zwang auf die Betreffenden ausgeübt worden, geeignet, das Publikum zu beunruhigen.

Berlin, 6. Dez. [Prozeß Sternberg.] Der heutige Tag brachte eine neuerliche Sensation bei der abermaligen Vernehmung der „umgekippten" Zeugin Callis; unsere Leser finden darüber weiter unten Näheres.

Der Vorsitzende geht zur Verhandlung des Postassistenten Schulz über, der darüber Auskunft geben soll, warum Zeuge Stierstaedter vom Militär entlassen ist. Der Zeuge war damals Feldwebel, Stierstaedter Unteroffizier, und hat mit letzterem dienstlich eine Zwistigkeit gehabt. Das hat dem Hauptmann nicht gepaßt, und er hat deshalb mit Stierstaedter nicht mehr kapitulirt. Stierstädter sei ein besonders umsichtiger und zuverlässiger Mann gewesen. Zu einer Einigung zwischen dem Zeugen und Stierstaedter sei es nicht gekommen, weil sich zwei harte Köpfe gegenüberstanden. Um eine Ehrensache oder Gehorsamsverweigerung habe es sich nicht gehandelt, auch sei es nicht richtig, daß Stierstaedter den Spitznamen „Schwindel-Stierstaedter" führte. Der Zeuge ist vom Detektiv Schulze aufgesucht worden, und dieser hat gesagt, daß er den Auftrag habe, sich nach dem Leumund des Stierstaedter zu erkundigen.

Kriminalschutzmann Oswald Hirche, über das Vorleben Stierstaedter's befragt, kann irgend etwas Ungünstiges über denselben nicht sagen. Er bekundet nur einen Vorgang, der sich im Zimmer des Kommissars von Tresckow abgespielt habe, als Polizeidirektor v. Meerscheidt-Hüllessem dort zugegen war, und über den Fall Sternberg gesprochen wurde. Herr Stierstaedter habe dabei geäußert: Wenn Sternberg freigesprochen würde, so würde er ihn Tag und Nacht observiren, und wenn es ein ganzes Jahr dauern würde: er müßte ein! Direktor v. Meerscheidt-Hüllessem habe dies gerügt. Einige andere Schutzleute können Ungünstiges über Herrn Stierstaedter nicht aussagen. — Zeuge Schutzmann Waterkamp bekundet: Stierstaedter habe ihm erzählt, er kenne Sternberg schon von Jugend auf, er kenne seinen Vater noch von der Zeit, als er mit dem Sack auf dem Buckel herumgelaufen sei. Sternberg habe seine (Stierstaedter's) Verwandte ruinirt und dadurch sein Geld zusammengescharrt. — Zeuge Stierstaedter: Er habe schon früher erklärt, daß er sich dabei in der Person geirrt habe. Der Mann, den er meinte, sei ein Mann Namens Strauß gewesen. — Auch dem Zeugen Wa terkamp hat Herr Stierstaedter gelegentlich einmal gesagt: „Der Mann (Sternberg) muß ein!"

Kriminalschutzmann Schumann hat von dem Besitzer der Böttcher'schen Konditorei in der Rathenowerstraße gehört, daß die Callis gestern in Bezug auf Thiel sich geäußert habe: Nun hat ja der Ochse doch alles eingestanden!

Kriminalschutzmann Schulz ist einmal mit Stierstaedter beim Kommissar Thiel gewesen, um amtliche Dinge zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit habe Herr Thiel zu Stierstaedter gesagt: „Sie könnten ja eine wunderschöne Stellung bekleiden, wenn Sie sich pensioniren ließen. Sie könnten in die Freimaurerloge, deren Mitglied ich bin, als bekennender Bruder eintreten, wo Sie täglich 10 bis 20 M. verdienen können. Der Zeuge hat dann dem Herrn Stierstaedter zuerst gesagt: „Das wäre ja eine Stelle, die man so nebenbei versehen könnte," bald darauf hat er ihm aber gesagt, er solle sich doch vorsehen, denn die Sache komme ihm komisch vor. Kriminalschutzmann Schulz bekundet noch auf Befragen des Staatsanwalts: Nach einer Mittheilung des Kriminalschutzmanns Schelenz habe der Detektiv-Direktor Schulze vor Beginn dieser Verhandlung ihn vor dem Zimmer 194 des Polizeipräsidiums angesprochen und sich auch zum Prozeß Sternberg geäußert, indem er sagte: Stierstaedter werde diesmal hinausfallen, denn die Zeugen würden jetzt anders aussagen. Als dann der Prozeß schon mehrere Tage im Gange war, habe Herr Schelenz den Schulze auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes getroffen und habe ihn gefragt: Na, was sagen Sie denn nun? Sie haben doch gesagt, die Zeugen würden diesmal anders aussagen? Herr Schulze habe darauf so gethan, als ob er Herrn Schelenz gar nicht kenne und ihm erwidert, wenn Sie beschwören würden, daß ich so etwas gesagt habe, würden Sie einen Meineid leisten. — Der Gerichtshof beschließt, den Kriminalschutzmann Schelenz sofort als Zeugen vorzuladen.

Kriminalschutzmann Schelenz bestätigt seine Begegnung mit dem Detektiv-Direktor Schulze auf dem Polizei-Präsidium, so wie sie vorher Schutzmann Schulz dargestellt hat. Der Detektiv Schulze habe u. a. gesagt, Geld spiele keine Rolle; er habe schon jemand aus dem Zuchthause geholt und werde auch den Angeklagten Sternberg frei bekommen. — Staatsanwalt Brant giebt seine Ansicht dahin kund: Wahrscheinlich sei Herr Schulze zuerst sehr siegesgewiß gewesen und habe geglaubt, die Sache würde sehr bald zu Ende sein, wenn Frieda Woyda und andere umfallen. Als er dann gesehen, daß er sich getäuscht, sei ihm die zweite Begegnung mit dem Zeugen gewiß unangenehm gewesen.

Die Zeugin Callis wird dann vorgerufen und erklärt: Sie wolle jetzt die Wahrheit sagen. Sie kenne Sternberg doch und habe etwa sechsmal in der Fischer'schen Wohnung mit ihm Verkehr gehabt. Sie habe sich auf die Modellannoncen bei der Fischer gemeldet, da habe sie den Angeklagten Sternberg getroffen. Die Zeugin giebt über die Einzelheiten dieses Verkehrs jetzt Aufschlüsse, die ihren letzten Aussagen gerade entgegenstehen und mit den Behauptungen der Anklage übereinstimmen. Sie erkenne den Angeklagten bestimmt wieder, ein Irrthum sei ganz ausgeschlossen. Frau Stabs habe ihr gesagt, zum Schwur komme es bei ihr ja doch nicht, sie brauche den Angeklagten also nicht wieder zu erkennen. Ebenso haben Herr Wolf und Frl. Saul zu ihr gesprochen. Von diesen habe sie im ganzen etwa 170 Mark erhalten, ebenso habe ihr Frau Stabs Geld gegeben. Als die Zeugin heute in das Zimmer des Untersuchungsrichters gerufen wurde, habe ihr die Stabs ein Zeichen gegeben, indem sie den Finger auf den Mund legte und ihr zurief: Nicht verplappern! Man habe ihr immer gesagt, es werde schon besorgt, daß sie nicht zum Schwur komme. Sie habe dies auch geglaubt und hätte auf keinen Fall einen Meineid leisten wollen. Die Zeugin behauptet auf Befragen, daß sie auch den Kriminalkommissar Thiel mit Bestimmtheit als den Mann wiedererkenne, der mit Luppa bei der Hausmann gewesen sei und mit ihr gesprochen habe. Sie habe ihn damals sogleich als den Mann erkannt, der im Zimmer des Herrn v. Tresckow gelessen habe und deshalb gelacht, als er sich für einen Verwandten Sternberg's ausgab. — Der Staatsanwalt beantragt, die Aussagen der Zeugin Callis, soweit sie sich auf Frau Stabs und Herrn Wolf und Frl. Saul beziehen, zu protokolliren. Auf Befragen des Justizrats Dr. Sello bestätigt die Zeugin Callis, daß sie schon 14 Jahre alt war, als sie bei der Fischer verkehrte.

Die Aussage der Callis wird protokollirt, nachdem die Zeugin Stabs und Zeuge Wolf ihr gegenübergestellt worden waren. Beide erklären die Behauptungen der Callis für unwahr. Frau Stabs will ihr nur hin und wieder kleinere Beträge geliehen haben, Wolf behauptet, daß er nur täglich 2 M. Kostgeld für die Callis gezahlt habe, damit sie nicht verschwinde. Bei der Protokollirung erklärt die Zeugin Callis noch, daß Frl. Saul ihr auf ihre Besorgniß, daß sie doch wohl vereidet werden würde, geantwortet habe: wenn sie zum Schwur gebracht werden sollte, würde man sie ins Ausland bringen.

Staatsanwalt Brant: Auf Grund der Zeugenaussage der Callis erkläre ich die **Zeugin Stabs und den Zeugen Wolf für vorläufig festgenommen** und beauftrage zwei Polizeibeamte, sie sofort abzuführen. — Dies geschieht.

Zeugin Callis bekundet auf Befragen weiter: Sie habe auch die Teichert mit zur Fischer genommen. Die Teichert sei damals schon kein unbescholtenes Mädchen gewesen und die Fischer habe dieselben zugeredet, sie solle fälschlich sagen, sie sei über 14 Jahre alt. Ferner behauptet die Callis: Frau Teichert, die Mutter des Mädchens T., habe von der Stabs und dem Saul gleichfalls wiederholt Geld erhalten und zwar theilweise. — Frau Teichert behauptet, daß ihr Mann im Krankenhaus liege und nichts verdienen könne. Sie selbst sitze hier nun täglich von früh bis spät auf dem Gericht und habe sich von der Stabs und von der Saul etwas Geld geliehen. Die Frage des Staatsanwalts, ob sie oder ihr Mann nicht 500 M. erhalten habe, verneint die Zeugin mit großem Nachdruck.

Angeklagter Sternberg: Bei dem so genauen Gedächtniß der Zeugin müßte sie nun doch genauen Bescheid geben können, ob sie mit demselben Herrn, mit dem sie bei der Fischer verkehrte und der nun wieder ich sein soll, auch bei der Krüger verkehrt hat oder nicht? — Zeugin Callis: Nach meiner Erinnerung: Nein.

Die weitere Verhandlung wird hier abgebrochen und auf Freitag 9½ Uhr vertagt.

Die Zeugin Eblert erregt schließlich noch eine lärmende Scene. Sie verlangt mit ihrer anwesenden Mutter sprechen zu dürfen und als der Vorsitzende dies nicht gestatten will, da die Zeugen nicht mit einander sprechen sollen, wird die Eblert sehr auffallend. Der Staatsanwalt beantragt, die Eblert wegen Ungebühr vor Gericht in eine Ordnungsstrafe zu nehmen. — Der Gerichtshof verurtheilt sie zu 3 Tagen Haft, zu deren Verbüßung sie sofort abgeführt wird. Sie schreit beim Weggehen höhnisch: „Meinetwegen sechse!"

□ **Halberstadt**, 6. Dez. [Schwurgericht.] Am gestrigen dritten Sitzungstage des hiesigen Schwurgerichts wurde schon wieder gegen eine Kindesmörderin verhandelt. Auf der Anklagebank erschien die unverehelichte Arbeiterin Susanne Slawitz aus Quedlinburg, die 1872 in Klein-Zychwitz in Oberschlesien geboren ist. Die Angeklagte hat ihr am 14. Sept. d. J. geborenes Kind in hilflosester Lage vorsätzlich verlassen, wodurch der Tod eingetreten ist. Die bereits schon einmal wegen Kindesmordes mit 6 Jahren Zuchthaus vorbestrafte Angeklagte wurde heute gleichfalls wieder zu 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurtheilt. In ebenfalls nicht öffentlicher Sitzung wurde gegen den Arbeiter Karl Pollin aus Aschersleben, 21 Jahre alt, verhandelt. Er wurde wegen Nothzucht zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Provinzialnachrichten

△ **Delitzsch**, 6. Dez. [Kreistagswahlen.] Bei den Ergänzungswahlen zum Kreistage wurden aus dem Wahlverbande der größeren Grundbesitzer gewählt: Oekonomierath Hertwig-Gotha, Major a. D. v. Lusse-Zschortau, Gutsbesitzer-Scharf-Klitzschmar, Gutsbesitzer Ehlicker-Kl.-Lissa und Gutsbesitzer Pocher in Serbitz.

| ⚒ **Bitterfeld**, 6. Dez. [Nette Bürschchen.] Zwei hiesige Schulknaben, der 13jährige W. und der 14jährige T., verspürten den Drang zu Reiseabenteuern in sich und sind seit vorigem Sonntag von hier verschwunden. Der erstere hat bereits zum dritten male eine solche Reise unternommen und nach Aussagen einiger Mitschüler den T. zu dem jetzigen Ausfluge überredet. Die Reisemittel verschafften sich die Burschen dadurch, daß einer im Namen seines Vaters Rechnungen ausstellte und sich gelieferte Schneiderarbeiten Gelder einkassirte, wodurch gegen 100 M. einkamen. Auch der andere hat sich etwa 60 M. verschafft. Die Ausreißer fingen insofern die Sache schlau an, daß sie nicht von unserem Bahnhofe abdampften, sondern erst bis Sandersdorf zu Fuß wanderten und von dort über Stumsdorf und Magdeburg nach Hamburg fuhren. Von hier wollten sie nach Amerika segeln. Die Burschen hatten sich auch mit Revolvern, Dolchen und anderen Gegenständen ausgerüstet. In Cuxhaven wurden die Ausreißer jedoch verhaftet; sie werden nun ihren Eltern wieder zugeführt und treffen jedenfalls heute hier ein.

* **Quedlinburg**, 6. Dez. [Messerstecherei.] Am Sonntag früh gegen 5 Uhr entstand auf der Weberstraße eine blutige Rauferei, wobei auch das Messer gezogen wurde. Der Arbeiter Richard Nieft verletzte dem Arbeiter Friedrich Becker mit einem Dolchmesser mehrere Stiche und brachte ihm Schnittwunden an beiden Händen bei. Da Polizeibeamte dazu kamen, ergriff Nieft und der Maurer Höbbel, der sich schon vorher mit mehreren Personen gestritten und gestoßen hatte, die Flucht. Bei der aufgenommenen Verfolgung gab der eine der Fliehenden einen scharfen Revolverschuß auf die Beamten ab. Die Kugel traf glücklicherweise nicht.

* **Nordhausen**, 5. Dez. [Verhaftung.] Wegen Verdachts der Unterschlagung ist der Bureau-Vorsteher Hermann Rettstadt von hier in Untersuchungshaft abgeführt worden.

X **Bom Unterharz**, 6. Dez. [Verkauf von Weihnachtsbäumen.] Das Ergebniß der jetzt im Harze abgehaltenen Verkäufe von Weihnachtsbäumen läßt eine Vertheuerung nicht befürchten. Während im vergangenen Jahre das Hundert Bäume im Durchschnitt mit 44 M. bezahlt wurde, wurden in diesem Jahre für dieselbe Zahl nur 30—35 M. erzielt. Auch überwiege die Zahl der vorhandenen Bäume die des Vorjahres ganz bedeutend; denn während z. B. im vorigen Jahre in den gräflichen von Asseburgischen Forsten in Meisdorf nur 9000 Bäume zum Verkauf standen, belief sich die Zahl in diesem Jahre auf 13,800 und im benachbarten Forstrevier des Herrn v. Bodenhausen sogar auf 18,000.

* **Hecklingen**, 6. Dez. [Tödtlicher Unfall.] Ein auf der Stange seines Wagens sitzender Ochsenknecht stürzte hier während der Fahrt ab, fiel vor die Räder und wurde todtgefahren.

* **Aus Thüringen**, 5. Dez. [Sturm.] Der heftige Wind, der seit der letzten Nacht herrscht, hat auch in Thüringen erheblichen Schaden angerichtet. Aus Ilmenau wird mitgetheilt, daß der Sturm die große Tanne auf dem Gabelbach umgerissen hat.

* **Pößneck**, 6. Dez. [Freie Innung.] Die hiesige Schneiderinnung hat ihre Umwandlung aus einer Zwangsinnung in eine freie Innung beschlossen.

* **Jena**, 6. Dez. [Stiftung.] Frau Geheime Kommerzienrath Sophie Henschel in Kassel hat für das hier zu errichtende Schriftsteller- und Journalistenheim 1000 M. gespendet.

* **Apolda**, 6. Dez. [Für die hiesige erste Bürgermeisterstelle] sind nur 11 Bewerbungen eingegangen.

* **Grimma**, 6. Dez. [Verbrannt.] Während der Abwesenheit der Mutter öffnete der ziemlich 2 Jahre alte Knabe des hier wohnenden Handarbeiters Jaschewitz die Feuerthür des Ofens. Als die Mutter zurückkehrte, fand sie das Kind über und über mit Brandwunden bedeckt; die Kleider hatten Feuer gefangen. Das Kind ist bald darauf verstorben.

* **Belzig**, 6. Dez. [Mordversuch.] Der Sohn eines Landwirths in Adlig-Neetz versuchte der Magd seines Vaters mit einem Rasirmesser den Hals durchschneiden, weil sie seine Liebesanträge abgelehnt hatte. Das Mädchen konnte sich des Attentäters, der nach dem Mordversuch spurlos verschwand, erwehren, hat aber am Halse und an den Händen schwere Schnittwunden erlitten.

Vermischtes.

Vom Kapitän Lans. Die „Deutsche Warte" **meldet** aus Wesel: Kapitän Lans telegraphirte an seine hiesigen Verwandten, sein Bein sei soweit geheilt, daß er am 28. November von Yokohama die Heimreise an Bord des „König Albert" angetreten habe.

Bergrutsch. Am Mittwoch abend wurde auf der Strecke Vallendar-Ehrenbreitstein auf etwa 90 Meter Länge die Chaussee und die Eisenbahn durch einen Bergrutsch etwa 5—8 Meter hoch überschüttet. Die Aufräumungsarbeiten werden mindestens 48 Stunden in Anspruch nehmen. Die Züge müssen über die linke Rheinseite geführt werden.

Unwetter. Am Donnerstag herrschte in Köln ein stürmischer Wind, der in Stadt und Umgebung nennenswerthen Schaden anrichtete. Durch den Sturm wurden zahlreiche Kamine und Fenster zerstört, Dächer beschädigt und zum Theil gedeckt, so z. B. an dem Neubau der Handelsschule und an dem einer Volksschule. Auf den Bahnhöfen in Kalkscheuren und Nippes wurden durch den Sturm nicht unerhebliche Verheerungen angerichtet, der Betrieb wurde jedoch nicht gestört. Auf dem Güterbahnhof St. Gereon setzte der Sturm einen Güterwagen in Bewegung, der einen Arbeiter überfuhr und schwer verletzte. In Lützel bei Kobleng sind infolge des Sturmes zwei Neubauten eingestürzt, doch wurde niemand verletzt. Erst gestern früh 8 Uhr war die Gewalt des Sturmes gebrochen. — In Saargemünd ist die Saar infolge der Regengüsse um 2 m auf 3,70 m gestiegen und bei Saarlouis ist sie über die Ufer getreten. — In Merklingshausen stürzte der „Rhein.-Westf. Ztg." zufolge infolge des Sturmes eine im Bau begriffene Maschinenfabrik ein.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 7. Dez. [Privat-Telegramm.] Das von einem Abendblatte gemeldete Gerücht, Polizeidirektor v. Meerscheidt-Hüllessem habe sich erschossen, ist unbegründet.

Die Wirren in China.

Nach einer Mittheilung, welche das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten erhalten haben will, soll am Dienstag thatsächlich bereits eine

Einigung der Gesandten

über den Entwurf eines Abkommens erfolgt und dieser sofort den Regierungen unterbreitet sein. Es heißt, Staatssekretär Hay ertheilte dem Gesandten Conger telegraphisch die Ermächtigung, das Abkommen im Namen der Vereinigten Staaten zu unterzeichnen, nachdem die Vereinigten Staaten mit ihrer Ansicht bezüglich der Bestrafung der Schuldigen und der Frage der Entschädigung durchgedrungen sind. Die Strafe müßte die strengste sein, welche die chinesische Regierung auferlegen kann. Die chinesische Regierung müßte in aller Form ihre Verpflichtung zur Zahlung einer Entschädigungssumme anerkennen, deren Höhe in späteren Verhandlungen festzusetzen wäre. Hinsichtlich der übrigen Punkte haben die französischen Vorschläge als Grundlage für das Abkommen gedient.

Die deutsch-italienische Expedition,

die nach dem Tode des Obersten Grafen York von Wartenburg Generalmajor Frhr. v. Gayl führte, ist nach einem Telegramm des Feldmarschalls Grafen Waldersee am 4. Dez. in Peking eingetroffen, nachdem die Italiener noch eine besondere Strafexpedition ausgeführt hatten. Das Gerücht, daß die Expedition eine Schlappe erlitten hätte, ist völlig unbegründet. Durch die Expedition ist überdies der sichere Beweis erbracht, daß die Tortur und Hinmordung des englischen Leutnants Watts Jones, die im Juli d. J. zu Klehsinsuchung geschah, nicht nur mit vollem Wissen, sondern sogar auf direkten Befehl des obersten chinesischen Beamten des betr. Distrikts verübt worden ist.

Die Trauerfeier für den Obersten Grafen York von Wartenburg fand am 5. Dez. statt. Alle Generale und Stabsoffiziere der Verbündeten, sowie das gesammte diplomatische Corps waren zugegen. Der Sarg wurde in einem der Tempel aufgestellt, die sich auf dem Terrain des Palastes der Kaiserin-Wittwe befinden; er wird dort bis zum Frühling bleiben und dann nach Deutschland gebracht werden.]

Ueber sonderbare militärische Strafen

berichtet ein Soldatenbrief, der dem „Stuttgarter Beobachter" von befreundeter Seite zur Verfügung gestellt worden ist und in welchem der Briefschreiber seiner Entrüstung über die Bestrafung deutscher Soldaten durch Anbinden an den Pfahl Luft macht: „Etwas hätte ich auch nie geglaubt, nämlich, daß man im Krieg so mit den Soldaten umgeht wie es bei unserer Compagnie der Fall ist: Wegen den geringsten Vergehen werden sie drei Tage eingesperrt; aber das ist nicht das schlimmste. Dann werden sie noch außerdem jeden Tag vier Stunden — vormittags zwei Stunden und nachmittags zwei Stunden — angebunden an einen Pfahl im Freien, daß sie sich nimmer rühren können, zum Spott der Chinesen und anderer Nationen. Ich selbst habe schon viele anbinden müssen. Das ist doch schändlich!" Der Ueberseender des Briefes, eine hochachtbare Persönlichkeit, hat sich gegenüber dem Stuttgarter „Beobachter" im voraus gegen den etwaigen Vorwurf, der Brief sei ein bestellter Hunnenbrief, verwahrt. Jedenfalls muß im Interesse unserer Soldaten, aber auch des Ansehens des deutschen Militärs dringend verlangt werden, daß sofort Recherchen über die hier behaupteten geradezu unerhörten Vorkommnisse angestellt werden.

Ueber einen Zusammenstoß zwischen Russen und Chinesen

veröffentlicht der Petersburger Generalstab folgenden Bericht: In der Nacht vom 28. zum 29. Oktober hatte eine reitende Patrouille der Prinzklichen Dragoner, bestehend aus 13 Mann unter dem Kommando des Stabsrittmeisters Wolkow, einen Zusammenstoß mit einer überlegenen feindlichen Abtheilung in der Nähe von Jingunkschon (?) Die Patrouille vertheidigte sich sechs Stunden lang, um sich nach Dagushan durchzuschlagen. Ihr Verlust betrug fünf Todte und fünf Verwundete, unter letzteren befindet sich der Stabsrittmeister Wolkow.

Rückzug der Amerikaner.

Alle amerikanischen Truppen, mit Ausnahme der Wache für die Gesandtschaft, haben China jetzt verlassen und sich nach den Philippinen begeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19001207012/fragment/page=0003

Wetter-Aussichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

(Nachdruck verboten.)

8. Dezember: Wenig verändert, bedeckt, stellenweise Niederschläge. Stark windig.

9. Dezember: Normale Temperatur, wolkig, Niederschläge. Stellenweise Nachtfröste. Starke Winde.

Meteorologische Station zu Halle.

	6. Dezember (6 Uhr 12 Min ab.)	7. Dezember (7 Uhr 12 Min. morg.)
Barometer Millimeter	744,1	740,5
Thermometer Celsius	7.7	5,9
Rel. Feuchtigkeit	68%	94%
Wind	NW 1	NW 1

Maximum der Temperatur am 6. Dezember: 10,2° C.
Minimum in der Nacht vom 6. Dezember bis 7. Dezember: 5,1° C.
Niederschläge vom 7. Dezember 7 Uhr morgens: 15,1 mm.

Bericht des Berliner Wetterbureaus

vom 6 Dezember morgens

Memel 750, +3°, NNW 2, wolkig; Swinemünde 749, +1°, SO 3, bedeckt; Hamburg 748, +5°, NNO 2, Regen; Cuxhaven 750, +7°, NNW 1, Regen; Berlin 747, +4°, O 2, Regen; München 757, +11°, W 6, wolkig; Wien 750, +11°, W 5, bedeckt; Triest 753, +7°, still, Regen; Petersburg —, —, —, —; Hapuranda 753, —13°, still, bedeckt; Cork 755, +9°, NNW 2, wolkig; Paris —, —, —, —.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Düsseldorf, 6. Dez. Der Kohlenmarkt liegt unverändert günstig. Eisenmarkt abwartend. Nächste Börse für Produkte am 20. Dez.

— Butterpreisnotirungen an der Berliner Börse. Der heute, ab 1900 geltende Modus für die Preisnotirung von Butter ist nochmals, und zwar dahingehend abgeändert worden, dass die von den Kommissionsmitgliedern erzielten höchsten und niedrigsten Halbwochenpreise der verschiedenen Qualitäten getrennt addirt, durch die Anzahl der abgegebenen Preise dividirt, und die so erzielten Durchschnitte je der höchsten und der niedrigsten Preise als höchster und niedrigster Preis für die in Frage kommende Qualität gelten.

Rio de Janeiro, 5. Dez. Wechsel auf London 10½/₁₆.

Buenos Aires, 5. Dez. Goldagio 130,20.

Waaren- und Produktenberichte.

Halle, 6. Dez. (Mehlbörse.) Preise für netto 100 kg. Ung. Kaiser-Auszug 31,75 M., Kaiser-Auszug —,— bis 25,50 M., Weizenmehl 00 21,50—22,50 M., Weizenmehl 0 19,50—20,50 M., Roggenmehl 0 21,75 bis 22,50 M., Roggenmehl 01 20,75 bis 21,50 M., Futtermehl —,— bis 14,25 M., Roggenkleie 10,75 bis 11,25 M., Weizenkleie —,— bis 10,00 M., Weizenschale —,— bis 10,25 M., Haidemehl bis 30,00 M.

Schlachtviehmarkt im städtischen Viehhofe zu Halle.

Am 6. Dez. 1900.

Zum Verkaufe standen	Preise f. 50 Kg. a. Lebend-, b. Schlachtgewicht I. Qual. a.	I. Qual. b.	II. Qual. a.	II. Qual. b.	III. Qual. a.	III. Qual. b.	verkauft	unverkauft
26 Rinder,							26	—
davon: 2 Ochsen,	—	—	32	—	—	—	2	—
3 Färsen,	33	—	31	—	29	—	3	—
17 Kühe,	32	—	29	—	26	—	17	—
4 Bullen,	29	—	28	—	—	—	4	—
23 Kälber,	—	—	49	—	36	—	23	—
31 Hammel (Schafe)	—	—	27	—	25	—	31	—
182 Schweine	—	58	—	57	—	53	166	16

Geschäftsgang: flott. — Gesammt-Auftrieb dieser Woche: 68 Rinder, (davon 7 Ochsen, 4 Kalben, 49 Kühe, 8 Bullen), 32 Kälber, 27 Schafe, 337 Land-Schweine, zusammen 494 Schlachthiere.

Schlachtviehmarkt Leipzig, 6. Dez. Marktpreise für 50 kg in Mark, erste Notirung für Lebend-, zweite für Schlachtgewicht.
Auftrieb: 143 Rinder, und zwar: 45 Ochsen, 6 Kalben, 53 Kühe, 39 Bullen: 679 Kälber; 386 Stück Schafvieh; 1477 Schweine, und zwar 1477 deutsche, — aus Ungarn, zusammen 2685 Thiere.

Ochsen:	1. vollfleischige, ausgemästete	—	72
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete	—	67
	3. mässig genährte junge, gut genährte ältere	—	62
	4. gering genährte jeden Alters	—	58
Kalben u. Kühe:	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben	—	—
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe	—	64
	3. ältere ausgemästete Kühe	—	60
	4. mässig genährte Kühe und Kalben	—	54
	5. gering genährte Kühe und Kalben	—	46
Bullen:	1. vollfleischige höchsten Schlachtwerthes	—	62
	2. mässig genährte jüngere u. genährte ältere	—	56
	3. gering genährte	—	54
Kälber:	1. feinste Mast (Vollm.-Mast) u. beste Saugkälber	42	—
	2. mittlere Mast- und gute Saugkälber	38	—
	3. geringe Saugkälber	26	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	—	—
Schafe:	1. Mastlämmer und jüngere Masthammel	34	—
	2. ältere Masthammel	32	—
	3. mässig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	—	—
Schweine:	1. vollfleischige der feineren	—	57
	2. fleischige	—	53
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	—	48
	4. ausländische (aus .....)	—	—

Geschäftsgang: langsam Verkauf: 128 Rinder und zwar 35 Ochsen, 4 Kalben, 50 Kühe, 39 Bullen, 664 Kälber, 240 Schafe, 1248 Schweine.

Getreide.

New York, 6. Dez. [Telegr.] Rother Winterweizen 78¼, Dezember 77⅞, Januar 77⅞, März 79⅛, Mai 79¼, Mais Dezember 46½, Januar —, Mai 42⅝, — Mehl 2.80. — Getreidefracht 2½.

Chicago, 6. Dez. [Telegr.] Weizen Dezember 70½, Januar 70⅞, Mais Dezember 37⅞.

* Hamburg, 6. Dez. Weizen loco stetig, loco holsteinischer 135—152. Lieferungen 135—138. Roggen loco stetig, südrussischer nahfig, cif Hamburg 104 110, loco 106—110, mecklenburgischer 132—141. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

* Amsterdam, 6. Dez. Weizen auf Termine geschäftslos, März —. Roggen loco —, auf Termine ruhig, März 128, Mai 130.

* Antwerpen, 6. Dez. Weizen steigend, Roggen ruhig, Hafer fest, Gerste träge.

Zucker.

* London, 6. Dez. 96% Javazucker loco 12½, ruhig, Rübenrohzucker 9 sh. 8½ d. Käufer matt.

* Paris, 6. Dez. (Schluss) Rohzucker ruhig, 88% neue Conditionen 25¼ à 25½. Weisser Zucker matt, Nr. 3, per 100 kg, Dez. 28¾, Jan. 29, März-Juni 29¼, Mai-Aug 30¼.

Kaffee.

Hamburg, 6 Dez Kaffee ruhig. Umsatz — Sack.

Hamburg, 6. Dez. (Vormittagsbericht.) Good average Santos Dez. 33,75 Gd., März 35,50 Gd., Sept. 36,25 Gd.

Hamburg, 6. Dez abends 6 Uhr. Kaffee good average Santos, per Dez. 34,25 Gd., per März 35 25 Gd., Mai 35,75 Gd., Sept. 36,50 Gd.

Havre, 6. Dez. (Schlussbericht.) (Bericht der Hamburger Firma Pelmann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos, per Dez. 41,25, per März 41,75, per Mai 42,25. Ruhig.

Amsterdam, 6 Dez Java-Kaffee good ordinary 33.

Petroleum.

* Hamburg, 6. Dez. Petroleum still, Standard white loco 6,75 Br.

* Bremen, 6 Dez. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum loco 6,85 Br.

* Antwerpen, 6. Dez. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 18,50 bez. u. Br., per Dez. 18,50 Br., per Jan. 18,75 Br., per Jan.-März 19,00 Br. Ruhig.

* New York, 6. Dez. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 7,25, do. in Philadelphia 7,20, do. Refined (in Cases) 8,55, do. Credit Balances at Oil City 107,00.

Spiritus.

* Hamburg, 6. Dez. Spiritus still, Dez. 17,50 G, Dez.-Jan. 17,50 G, Jan.-Febr. 17,50 G.

* Paris, 6. Dez. (Schlussbericht.) Spiritus matt, Dez. 30,75, Jan. 31,25, Jan.-April 31,50, Mai-Aug. 32,50.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 6. Dez. [Telegr.] Schmalz Western steam 7,57, do. Rohe und Brothers 7,80.

* Hamburg, 6. Dez. Rüböl (unverzollt) fest, loco 64,03.

* Bremen, 6. Dez. Schmalz höher. Wilcox in Tubs 38¾, Pfg. Armour shield in Tubs 38¾ Pfg., andere Marken in Doppel-Eimern 39¾ Pfg. Speck fest. Short clear middling loco — Pfg. Dez.-Abladung 36¾, Dez.-Jan. 36½.

* Antwerpen, 6. Dez. Schmalz per Dez. 95.

* Paris, 6. Dez. (Schlussbericht.) Rüböl matt, Dez. 73,75, Jan. 74,00, Jan.-April 74,00, Mai-Aug. 63,00.

Metalle.

* London, 6 Dez. Chili-Kupfer 72½, Lstrl., 3 Mon. 72⅝ Lstrl.

* London, 6. Dez. Blei span. 16⅜ Lstrl., engl. 16⅞ Lstrl., Zinn 119⅝ Lstrl., Zink 19 Lstrl.

* London, 5. Dez. 5 Uhr nachm. Kupfer stetig, Tagesumsatz 200 t, 72 Pfd. Sterl. 5 s. — d., 3 Monate 73 Pfd. Sterl. — s. — d., Makler-Schlusspreise 72 Pfd. Sterl. 2 s. 6 d. bis 72 Pfd. Sterl. 7 s. 6 d., best selected 79 Pfd. Sterl. — s. — d., strong sheets — Pfd. Sterl. — s. Zinn, Straits stetig, Tagesumsatz 700 t, 123 Pfd. Sterl. — s. — d., 3 Monate 125 Pfd. Sterl. — sh. — d., englisches 128 Pfd. Sterl. 10 s. Blei willig, span. 16 Pfd. Sterl. 13 s. 9 d., englisches 17 Pfd. Sterl. — s. — d. Zink matt, gewöhnliche Marken 19 Pfd. Sterl. — s. — d., besonderes nominell, gewalzte schlesisches 22 Pfd Sterl. — s. Nickel 170 Pfd. Sterl. die Tonne.

* Glasgow, 6. Dez Vorm 11 Uhr 5 Min. Roheisen. Mixed numbers warrants fiau, 66 sh. 3d. per Kasse, — sh. — d. per Dez.

* Glasgow, 6. Dez. (Schluss.) Roheisen. Mixed numbers warrants 64 sh. 3 d. Warrants Middlesborough III. — sh. — d.

* Amsterdam, 6. Dez. Banczinn 74.

Berliner Börse

vom 6 Dezember.

(Ergänzung zu den Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 5. London 6.
Amsterdam 3½. Brüssel 3½.
Petersburg 8. Wien 5.
London 4. Paris 3.

Deutsche Fonds-u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	— —
Berliner Stadt-Obl.	3½	97,20bz
do. do. 1892	3½	94,80
Magdeburger St.-Anl.	3½	90,80bz
do. do. neue	4	— —
Westpr. Prov.-Anl.	3½	91,10
Bad. Staats-Ein.-Anl.	3½	— —
Bayrische Anleihe	3½	93,10bz
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	130,30bz
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	131,00bz
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	— —
Meininger 7 fl.-Loose	—	24,10bz
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	128,90bz

Ausländische Fonds.

Argent Gold-Anl. 59/0	5	80,90bz
do. innere do. 4½/0	4½	70,25bz
Barletta 100 Lire-Loose	—	17,25bz
Bukar. Stadt-Anl. 1894	4½	85,50bz
do. do. 1888	4½	84,75
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	83,90B
Chinesische St.-Anl.	6	97,75G
do. v. 1895	6	98,40bz
do. do. kleine	5	93,40bz
do. v. 1896	4½	90,50bz
do. v. 1898	4½	76,20bz
Egyptische priv. Anl.	3	— —
do. do. do.	3½	— —
Freiburg 15 Fr.-Loose	—	59,25G
Griech. Anl. 1881-1884	5	31,10bz
do. kons.-Goldrente	—	23,50B
do. Monopol-Anl.	—	68,90G
do. Gd.-Anl. v. 1890	4	67,10bz
Lissabon Stadtanl. 1886	4	67,75bz
do. do.	—	— —
Mailland. 10 Lire-Loose	—	— —
Mexikaner Anl. à 100	5	98,90B
do à 20	5	98,50B
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —
Oesterr. 1860er Loose	4	135,90bz
Russ. Gold-R. 1884, 87	5	— —
do. Orient-Anl. II.	4	— —
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig.	4	— —
do. Boden-Kredit	5	— —
do. 3/8 o/0 do. gar.	3 3/8	92,25bz
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	— —
do. do. 1866	5	— —
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	98,10G
do. do. 1890	3½	94,10G
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	97,50bz
Türkische Anleihe D.	1	22,90B
do. Administ.	5	99,50bz
do. 400 Frcs.-Loose	—	100,00bz
Ungarische Gold I.-A.	4½	101,50bz
do. Kr.-R.	4	92,60bz
do. Staats-R. 97	3½	82,50bz

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	15	339,50bz
Admiralsgarten-Bad	4½	80,80
Annaburger Steingut	4	85 2 bzB
Archimedes	18	208,00bz
Bauges. Berl. Chrl. i. Liq.	—	55,00G
do. B.-Wilm. T.-G. i. Liq.	—	845,00G
Braunschweiger Jute	16	152,25G
Berl.-Anh. Maschinen	16	206 0 bzB
Berliner Bockbrauerei	10	179,10G
do. Brauerei Königst.	4½	132,25G
do. Union Gratweil	4	116,50G
Brsl. Eisenb. W., Linke	16	247,00G
Breslauer Oel-Werke	1	77,00bzB
do. Strassenbahn	14	189,00bzG
Cement-Bau-Ges. Berl.	0	205,00
Charlottb. Wasserwerk	12½	97,75bz
Chem. Fabr. Schering	12	247,75bzG
Chemn. Masch. Zimm.	14	131 9 bz
Dessauer Gas	13½	214 50bzG
Deutsche Linoleum-Werke	8	105,50G
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	33	449,90bzG
Dtsche Jutespinnerei	18	129,25G
Elberfeld. Farbenfabr.	18	303,00G
Erdmannsdorf. Spinn.	21	64,00G
Freund. Masch. Bauges. konv.	0	374,00G
Görlitzer Eisenbhnd.	18	237,50G
Hagener Gusstahl	6	88,00bz
Hansa, Dampfschiff.	14	157,90bzG
Harburg-Wien Gummi	12	295,75bz
Harkort St.-Fr. konv.	6½	105,80bzG
do. Brückenab. konv.	8	105,25G
do. do. St.-Pr.	8	124,70bzG
Hirschberger Masch.	7½	85,10G
Keyling & Th. Eiseng.	3½	123,50G
Köln-Müsener Bgw.	3½	38,60bz
do. do. conv.	6½	78,10bzG
Kurfürstend. Ges. i. Liq.	—	609,30G
La Veloce, Ital. D.	0	48,75bzB
Ludw. Löwe & Co.	24	346,00bzG
Maizerei Wrede	—	99,50G
Magdeburger Baubank	4½	96,30bzB
Magdeb. Strassenbahn	10	167,00bz
Moabit. Brauer.	10	130,50G
Neuroder Kunstanstalt	5½	126,75G
Nienburg E V.-A abg	4	72,50bz
Nordd. Eiswerke	1	58,50bzG
Omnibus-Gesellschaft	13	116,75bzG
Oppeln Portl.-Cem.	12	127,00G
Orenstein & Koppel	22	186,25bzB
Passage	4	81,00bzG
Sangerhäuser Masch.	22½	262,75bzG
Saxonia Cement	14	125,25G
Schäffer u. Walcker	3	68,00bzB
Schlesische Cement	17½	195,75bzG
Schwartzkopff	13	204,50bzG
Siemens, Glas-Industr.	17	244,00bzG
Siemens & Halske	10	159,75bzG
Stettiner Cham. Didier	30	338,75G
Studenburg. Maschin.	—	71,50G
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	12	199,00bzG
Vereinsbrauerei Artern	7½	134,25G
Westf. Draht-Industrie	11	145,00bzG
do. Union konv.	16	— —
do. 6% St.-Pr.	6	— —
Wittener Guss	18	192,00bzB
Wilhelmshütte conv.	12	151,00bzG
Zuckerfabr. Fraustadt	12	163,50bzG

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig

Mainz-Ludw. 75, 76, 78	4	— —
do. v. 1890	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4	— —

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	80,90G
Dortmund-Gronau . E.	3½	158,10bz
Marienb.-Mlawkaw	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	4	— —

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	57,80G
do. Mittelmeerb. Anfr.	4	92,75bzG
Lemberg-Czernowitz	4	— —
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	92,10G
do. Ergänzungsn.	3	89,30G
do. Gold-Pr.	4	99,20G
Oesterr. Lokalbahn	4	95,10bzG
do. Nordwestbahn	5	— —
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	70,90bzG
do. Obligationen	5	103,0 bz3
Ung. Nordosth. Gold-O.	4½	— —
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	99,90G
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	102,50G
Kosl.-Woronesch Obl.	4	95,90bz
K.-Chark.-As., Obl., 89	4	97,00G
Kursk-Kiew	4	96,40bz
Mosco-Kiew-Woron	4	95,50bzG
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjäsan	4	96,80bz
Mosco-Smolensk	5	95,50bzG
Orel-Griäsi 1889	4	— —
Rjäsan-Koslow	4	95,80bz
Rjäsan-Uralsk gar ukd. (b. 1909)	4	— —
Rjaschk-Morczansk	5	95,25bzG
Rybinsk-Bologoye	4	95,25G
Russ. Südwestbahn	4	95,90bzG
Transkaukasische	4	82,25bzG
Warschau-Wiener 10er	3	— —
do. IX. Ser.	4	99,40B
Wladikawkas Oblig.	4	— —
do. unkündb. 1906	4	95,20B
Manitoba rz. 1933	4½	114,60G
Northern-Pac. I. b. 1921	6	— —
do. Pref.	4	134,25bzG
do. Gen. Lien	3	70,00bzG
S. Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	126,50G
do. do. do.	5	112,30G
Central-Pacific	5	98,90G
Anatol. I. 2040 M.	5	98,80G
„ II. 2040 M.	5	99,75bzG
Macedonische G.-O.	3	56,00bz
Portug. Eisenb. O. 1886	3	63,50bzG
do. 1889	4½	83,40B

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	5	137,25G
Buschtiehrader B.	13	— —
Halberst.-Blankenb.	6½	— —
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	— —

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aussig-Teplitz	5	— —
Böhmische Nordbahn	7½	— —
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	— —
Graz-Köflach	6½	— —
Kaschau-Oderberg	5	— —
Kronpr. Rud. Bl. Sch.	4	— —
Lemberg-Czernowitz	6½	— —
Oesterr. Nordwestb.	5	— —
do. B. Elbethalb.	6½	— —
Südoesterreich (Lomb.)	5/6	26,50G
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ivangor-Dombrowo	5	— —
Kursk-Kiew	6½	— —
Warschau-Terespol	5	— —
Warschau-Wien	26½	— —
Gotthardbahn	6	— —
Ital. Meridionaux	6½	— —
Lüttich-Limburg	0	— —
Schwelz. Centralbahn	9½	155,75G
do. Nordosthahn	4½	97,90G
do. Unionbahn	4½	— —

Deutsche Hypoth.-Pfandbriefe u. Rentenbriefe.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	98,60G
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	97,00bzG
do. do. V. rz. 100	3½	91,50G
do. VI. unkb. b. 1900	4	98 0bzG
do. VII. unkb. b. 1903	4	99,00bzG
do. VIII S.b. 1905 ukb.	3½	91,25G
do. IX u. IX a b. 9 uk.	4	100,00G
Deutsch. Grundsch. Obl.	4	55,00bzG
do. do. V. VI.	4	55,60bzG
Deuts. Hp.-B.-Pfd. VII	4	98 50bzG
do. I. u. fa. conv.	4	98,50bzG
Hamb. Hypothek.-Pfd.		
S. 251-310 unk. 1905	4	99,00bz
do. unk. bis 1900	4	98,30bz
do. S. 301-330, unk. 1908	3½	92,00bz
do. S. 46-190, uk. 1905	3½	95,50bz
do. alte u. con.	3½	90,30bz
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	3½	94,00bzG
do. do. II.	3½	92,00bzG
Meininger Hyp.-Pfdb.	3½	90,50bzG
do. II unkdb. bis 1900	4	98,50bzG
do.	3½	91,00bzG
do. Präm.-Pfdbr.	4	— —
Nordd Gr.-Cred.-Pfdb.	4	97,30bzG
do. IV. V. ukb. b. 1900	3½	97,50bz
Ostpreussische	3½	99,90bz
Pom. II. V., VI. 1900 uk.	4	97,60bzG
do. VII, VIII. 1904 uk.	4	98,25bzG
do. IX. X. 1906 uk.	4	99,00bzG
do. XI. XII. 1908 uk.	4	99,25bzG
do. II. III. 1906 uk.	3½	90,50bzG
Posensche	4	100,75 B
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	113,75G
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	107,50G
do. XIII. rz. 100	4	98,50bzG
do. XIV. ukb. 1905	4	98,50bzG
do. XV. ukb. 1904	3½	90,50bzG
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1900	4	98 30bzG
do. do. 1900	3½	90,20bzG
do. do. 1909	3½	89 80bzG
Pr. Hy.-A.-B. VII-XII	4	79,75bz
do. do. XV-XVIII	4	79 75bz
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	3½	90,35bzG
do. XVIII ukdb. 1908	4	99,60bzG
do. Gob. Kredit-Ges.	4	99,4 bzG
do. XX u. XXI uk. 1910	4	100,00bzG
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	3½	92,75G
do. „ „ b. 1908	4	100,00bzG
do. Comm.-Obl. b. 1907	3½	93,75bzG
do. do. Em. II. uk. 1910	4	100,00G
Rh.-W. Bder. I. III. V. ukb. b. 1905	4	98,00G
„ II. u. IV. b. 1904	3½	89,80bzG
„ VI., ukdb. 1908	3½	90,40G
„ VII., ukdb. 1908	4	99,50bzG
„ VIII., ukdb. 1910	4	100,00G
Sächsische	3	90,00G
do.	3½	90,00G
do.	3	100,00G
Westpr. ritt. I. I. B	3½	— —
Pommersche	4	100,20G
Posensche	4	100,50bz
Preussische	4	100,20G
Sächsische	4	100,40G
Schlesische	4	100,25B

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	2	110,25bz
Arenberg Bergwerk	75	585,00bz
Baroper Walzwerk	0	133,00bzB
Berzelius do.	4	95,00bzG
Bismarckhütte	24	244,50bzB
Concordia-Bergwerk	21	387 00bzB
Consolidat. Bergw.-G.	25	361,75bzB
Consol. Marie	4	72,25bzB
Duxer Kohlen konv.	9	191,00bzB
Gelsenkirch. Gusstahl	14	126,00B
Harzer Eisenw. Lit. A. B.	25	120,00bz
Inowrazl., Steinsalzb.	4½	124,00bzG
Kattowitzer	14	201,80bz
Königin-Marienhütte	5	85,00bzG
Leopoldsgr. Edderitz	6	109,00bz
Luise Tiefbau konv.	0	80,50bzB
do. do. St.-Pr.	4	135,00bz
Magdeburg.-Bergwerk.	35	515,00G
Marienhütte Kotzenau	5	87,25bzB
Mend. & Schwert. St.-Pr.	6	124,00bzG
Niederl. Kohlen	7	145,00bzG
Rhein. Stahlw. Lit. C.	16	173,30bzB
Schlesisch. Zinkhütten	27	360 00bzG
Stadtberger Hütte	11	177,50bz
Wurm-Revier	7½	136,50bzB

Oblig. v. Industr. u. Bergw.-Ges

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	97,25G
Aschersleb. Kaliwerke	4	96,75G
Bochumer Gusstahl	4	— —
Dessauer Gas	4½	105,25G
Dortmunder Union	5	110 00G
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	3½	95,30G
Hamb.-Packetfahrt	4	— —
Laurahütte	3½	83,20B
Naphta-Obligationen	4½	95 00G
Norddeutscher Lloyd	4	99,50B
Oberschl. Eisen-Ind.	4	93,50G
v. Tiele-Winkler	4	— —
Zoologischer Garten	4	101,50G

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	8½	149,25bzG
Berg.-Märk. B. i. Elbf.	8½	149,25G
Börsen-Handelsverein	7½	168,50G
Cob. Goth. Kredit-Ges.	5	89,80bzB
Cöln W. u. Komm.	6	101,75G
Danziger Privatbank	7	126,50G
Deutsche Grundschuld	7	2,00bzB
do. Effekt.-B. (Hahn)	8½	115,30G
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6½	114 30bzB
Dresdener Bankverein	8	117,80bzB
Essener Kredit	8½	143,00bzG
Gothaer Privatbank	7½	123 00bzG
do. Grundkreditb.	7	123,00bzG
Hamburg. Hypoth.-B.	3	118,00B
Königsberg. Vereinsb.	6½	113,75G
Leipziger Bank	10	184 60bzB
Lübecker Kommerzb.	8	138,00G
Magdeburger Privatb.	6	116,50bzB
Nordd. Grund-Kredit.	5	89,75bzG
Pfälz. Hyp.-Bk.	7	139,60bzG
Pr. Hyp.-B. (Spielb.)	6½	49,00bz
Preuss. Pfandbr.-Bk.	6½	113,75G
Rheinische Bank	9	180,25bzG
Wilhelms, Mgd Allg. G.	14½	— —

Leipziger Börse, 6. Dezember.

Zt		M.		Zt.		M.
3	Sächs. Rent.-Anl.	84,00G	4	Mansf. Gew. 1892		99,75G
3	do. 1000	84,00G	4	do. 1879		100,30G
3	do. 500	84,00G	4	do. Em. 1875		100,00G
3½	Staatsanl. 1855.	100	3½	Stadtobl. 1881 konv.		94,50G
3½	do. 67 kv. 4%/0	100	3½	do. 1876 konv.		94,50G
3½	Landrentenbr.	500	3½	Altb. Landoblig.	1000	94,00G
		93,50G	3½	do. do.	500	94,00G

Div. Eisenb.-Stamm-Akt.

15	Aussig-Tepl. 500 fl.	311,75bzG	
7½	Böhm. Nordbahn	— —	
14½	Buschtiehrad. Lit. A.	00 00bzG	
13	do. do. B.	— —	
10fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	— —	
6½	Graz-Köflach	131,75bzB	
2½	Marienburg-Mlawka	74,50G	

Div. Eisenb.-St.-P.-Akt.

6	Dux-Bodenb. Lit. A.	— —
6	do. do. B.	— —
5	Marienburg-Mlawka	74,50G

Div. Bank- u. Kredit-Akt.

10	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	187,50bzG
9	Dresdener Bank	143 00B
7½	Gothaer Privatb.	129,0 G
10	Leipziger Bank	164,50bzG
6	do. Hypoth.-B.	132,25G
7	Nordd. Kred.- u. Sparb.	117,85bzG
7½	Sächs. Bank	138,00G
7	Zwickauer	112,50B

Div. Industrie-Papiere.

10	Chemn. Werkz. (Zim.)	131,00B
10	Crollw. Papierfabr.	— —
4	4%/0 do. Schildvschr.	99,00B
4	Dörstewitz-Rattm.	74,00G
7	D. W. M. (Sondermn. & Stier) Vorz.-A.	103,25G
22	Gerasr Jutesp. u. W.	255,00B
12	Germania (Schwalbe)	137,50B
39	Gersd. Stbb.-V., St.-A.	708,30G
12	do. do. Pr.-A. I	122,50
69	do. do. do. II	112,50
0	Hallesche Str.-B.	— —
5½	Kette Ribech.-G.-Akt.	80,25G
6½	Körbisd. Zuckerfb.	122,75G
5½	Leipz Baubank	104,00B

Div. Bergwerks- u. Hütten-Ges.

6½	Leipz. Elektr.-Werke	138,00B
4	do. elektr. Strass.	94,50G
8	do. Gr. elektr. Strass.	166,75bzG
10	do. Bierbr. Reudn, v. Riebeck-& Co	201,25G
12	Lpz. Kammgarnsp.	161,75G
10	do. Malzf. Schkeud	165,00G
10	do. Wollkämmerei	— —
100 M	Mansfelder Kuxe	1165aG
11	Portl.-Cement Halle	116,00B
2	Sächs. Kamm.	65,00B
3	Sächs. M.-F. (Hartm.)	145,00G
	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	202,00B
15	Thür. Gasges. Spz.	233,50G
15	do. Stamm-Pr.	— —
8	S.-Thür. Br.-V. St.	151,50B
8	do. St.-Prior.	151,50B
10	Zeitzer Par. u. S.-A.	151,00G
0	do. do. Oblig.	95,00G
8½	Zuckerfabr. Glauzig	133,50G
10	Zuckerraff. Halle